Gesellschaftsvertrag Tiefgarage Volksbank Bühl / Stadt Bühl

Gesellschaftsvertrag zur Fortführung einer „Gesellschaft des bürgerlichen Rechts“

Präambel

Die Tiefgaragengemeinschaft Volksbank Bühl / Stadt Bühl GdbR wurde im Jahr 1983 gegründet. Die Rechtsverhältnisse der Gesellschaft wurden in den Verträgen vom 16.12.1982, 23.02./24.06.1983 und 03.06.1996 geregelt.

Die Verträge wurden seither nicht an die gemeindewirtschaftlichen Vorschriften für Unternehmen in Privatrechtsform, an denen Gemeinden mehrheitlich beteiligt sind, angepasst.

Die gesellschaftsvertraglichen Regelungen sind an die Voraussetzungen des § 103 Absatz 1 Satz 1 Nr. 2 bis 5 Gemeindeordnung Baden-Württemberg (GemO) anzupassen. Die übrigen Regelungen der oben genannten Verträge bleiben bestehen, soweit im Folgenden keine entgegenstehende Regelung getroffen wird.

Dies vorausgesetzt wird

zwischen

der Stadt Bühl
vertreten durch

Herrn Oberbürgermeister Hubert Schnurr

und

der Volksbank Bühl eG
vertreten durch

die Vorstände Claus Preiss, Hans-Jörg Meier und Marco Feit

folgender

G e s e l l s c h a f t s v e r t r a g

geschlossen:

§ 1

Name, Sitz und Zweck der Gesellschaft

Die Unterzeichner haben zum gemeinsamen Betrieb einer Tiefgarage eine Gesellschaft bürgerlichen Rechts unter der Bezeichnung:

„Tiefgaragengemeinschaft Volksbank Bühl / Stadt Bühl“

gegründet.

Gesellschaftsvertrag Tiefgarage Volksbank Bühl / Stadt Bühl

Gegenstand des Unternehmens ist ausschließlich der Betrieb der gemeinsamen Tiefgarage in der Friedrichstraße. Die Gesellschaft verfolgt damit einen öffentlichen Zweck i. S. d. Gemeindeordnung Baden-Württemberg.

Sitz der Gesellschaft ist Friedrichstraße 4, 77815 Bühl.

§ 2

Dauer der Gesellschaft

Die Gesellschaft endet am 31. Dezember 2034. Der Gesellschaftsvertrag verlängert sich stillschweigend um 10 Jahre und jeweils um weitere 10 Jahre, wenn er nicht fristgemäß von einem der Gesellschafter gekündigt wird.

§ 3

Kündigung

Jeder Gesellschafter kann zum jeweiligen Vertragsende die Auflösung dieses Gesellschaftsvertrages verlangen. Die hierzu erforderliche schriftliche Kündigung muss spätestens zwei Jahre vor dem jeweiligen Vertragsende beim anderen Gesellschafter eingegangen sein.

§ 4

Folgen einer Kündigung oder der Auflösung

Im Falle der Kündigung wird die Gesellschaft aufgelöst. Im Rahmen der Liquidation sind die wechselseitig bestellten Grunddienstbarkeiten zu löschen. Jeder Gesellschafter ist berechtigt, seine Grundstücke, in denen die Tiefgarage betrieben wird, uneingeschränkt selbst zu nutzen.

Im Falle der Auflösung der Gesellschaft ist eine Auseinandersetzungsbilanz zu erstellen, in der die Verkehrswerte der zum Betriebsvermögen gehörenden Wirtschaftsgüter ermittelt werden. Diese Bilanz soll Grundlage der Auseinandersetzung sein. Die Werte der Gebäulichkeiten auf den Grundstücken der Stadt Bühl und der Volksbank Bühl sind durch ein Gutachten zu ermitteln.

Die Auszahlung des Auseinandersetzungsguthabens hat in vier gleichen Vierteljahresraten zu erfolgen, von denen die erste drei Monate nach dem Ausscheiden fällig ist. Das Auseinandersetzungsguthaben ist ab dem Ausscheidungszeitpunkt in Höhe des jeweiligen Hauptrefinanzierungssatzes der Europäischen Zentralbank zu verzinsen.

§ 5

Geschäftsführung und Vertretung

Die Geschäfte werden von beiden Gesellschaftern gemeinschaftlich geführt. Für den laufenden Betrieb der Tiefgarage wird von jedem Gesellschafter ein Vertreter benannt. Diesen obliegt die gemeinsame und einvernehmliche Geschäftsführung.

Gesellschaftsvertrag Tiefgarage Volksbank Bühl / Stadt Bühl

Die täglich anfallende Sachbearbeitung wird im Wesentlichen vom Vertreter der Volksbank Bühl erledigt. Die Volksbank Bühl erhält hierfür einen angemessenen Kostenersatz.

Die Aufgabenbereiche sind im Wesentlichen (nicht abschließend) wie folgt verteilt:

Aufgabenbereich Volksbank Bühl

Laufende Verbuchung der Geschäftsvorfälle
Verwaltung der Anlagebuchhaltung
Erstellung des Jahresabschlusses
Erstellung der Umsatzsteuervoranmeldung und der Umsatzsteuererklärung
Verwaltung der Mietverhältnisse
Technische und personelle Betreuung

Aufgabenbereich der Stadt Bühl

Erstellung der kommunalrechtlichen Statistiken

Wichtige Angelegenheiten dürfen nur vom Oberbürgermeister der Stadt Bühl und vom Vorstand der Volksbank Bühl gemeinsam getroffen werden. Dies sind insbesondere:

1. Erwerb und Veräußerung von Wirtschaftsgütern über 10.000 EUR
2. Veränderungen am gemeinsamen Bauwerk
3. Reparaturen von mehr als 20.000 EUR
4. Aufnahme von Darlehen
5. Einstellung und Entlassung von Arbeitskräften
6. Erteilung und Widerruf von Vollmachten
7. Festsetzung von Parkgebühren
8. Öffnungszeiten
9. Betriebsablauf

Für die Entscheidung oder Zustimmung des Oberbürgermeisters der Stadt Bühl gelten im Übrigen die jeweils geltenden kommunalrechtlichen Vorschriften.

§ 6

Einlagen der Gesellschafter

Die Einlagen der Gesellschafter werden durch die zum Zeitpunkt der Unterzeichnung dieses Gesellschaftsvertrages geschlossenen Verträge und die zum 31.12.2016 bilanzierten Kapitalkonten der Volksbank Bühl und der Stadt Bühl bestimmt.

§ 7

Geschäftsjahr

Das Geschäftsjahr entspricht dem Kalenderjahr.

Gesellschaftsvertrag Tiefgarage Volksbank Bühl / Stadt Bühl

§ 8 Wirtschaftsplan

Nach den entsprechend anzuwendenden Vorschriften des Eigenbetriebsrechts ist ein Wirtschaftsplan für jedes Geschäftsjahr aufzustellen und der Wirtschaftsführung eine fünfjährige Finanzplanung zu Grunde zu legen. Der Wirtschaftsplan ist in den Fällen des § 15 Abs. 1 des Eigenbetriebsgesetzes zu ändern.

Der Wirtschaftsplan und die Finanzplanung sind der Stadt Bühl unverzüglich nach deren Feststellung zu übersenden.

§ 9 Gewinn- und Verlustrechnung

An dem erwirtschafteten Ergebnis nehmen die Vertragsparteien jeweils zur Hälfte teil. Das Ergebnis wird durch Aufstellung einer Bilanz unter Beachtung handelsrechtlicher und steuerrechtlicher Vorschriften ermittelt.

§ 10 Jahresabschluss

Nach den entsprechend anzuwendenden Vorschriften des Dritten Buchs des Handelsgesetzbuchs für große Kapitalgesellschaften sind für den Schluss eines jeden Geschäftsjahres ein Jahresabschluss und ein Lagebericht aufzustellen und zu prüfen.

Nach der endgültigen Aufstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts sind diese unverzüglich durch den von den Gesellschaftern bestimmten Abschlussprüfer prüfen zu lassen. Der Prüfungsauftrag ist auf die Gegenstände des § 53 Abs. 1 Nrn. 1 und 2 des Haushaltsgrundsätzegesetzes zu erstrecken.

Gemäß § 103 Abs. 1 Satz 2 GemO kann die obere Rechtsaufsichtsbehörde Ausnahmen vom Prüfungserfordernis nach § 103 Abs. 1 Satz 1 Nummer 5 Buchstabe b GemO zulassen.

Die Gesellschaft ist verpflichtet, der Stadt Bühl die für die Aufstellung des Gesamtabschlusses (§ 95 a GemO) erforderlichen Unterlagen und Auskünfte zu dem von der Stadt Bühl bestimmten Zeitpunkt einzureichen.

Die Feststellung des Jahresabschlusses zusammen mit dessen Ergebnis, das Ergebnis der Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts sowie die beschlossene Behandlung des Jahresergebnisses sind bekannt zu machen. Gleichzeitig mit der Bekanntmachung sind der Jahresabschluss und der Lagebericht an sieben Tagen öffentlich auszulegen. Auf die Auslegung ist in der Bekanntmachung nach Satz 1 hinzuweisen.

Der Jahresabschluss und der Lagebericht sowie der Prüfungsbericht des Abschlussprüfers sind den Gesellschaftern zu übergeben.

Gesellschaftsvertrag Tiefgarage Volksbank Bühl / Stadt Bühl

§ 11 Einsichtsrecht

Jeder Gesellschafter ist berechtigt, sich über die Angelegenheiten der Gesellschaft durch Einsicht in die Geschäftsbücher und Papiere zu unterrichten und sich aus ihnen eine Übersicht über den Stand des Gesellschaftsvermögens anzufertigen.

Jeder Gesellschafter kann auf eigene Kosten einen zur Berufsverschwiegenheit verpflichteten Dritten bei der Wahrnehmung dieser Rechte hinzuziehen oder zur Wahrnehmung dieser Rechte beauftragen.

§ 12 Öffentliche Prüfung

Für die Prüfung der Betätigung der Stadt Bühl bei der Gesellschaft werden dem Rechnungsprüfungsamt der Stadt Bühl und der Gemeindeprüfungsanstalt Baden-Württemberg die in § 54 des Haushaltsgrundsätzegesetzes vorgesehenen Befugnisse eingeräumt.

Der Gemeindeprüfungsanstalt wird das Recht zur überörtlichen Prüfung der Wirtschaftsführung der Gesellschaft nach Maßgabe des § 114 Abs. 1 der GemO eingeräumt.

§ 13 Anpassung des Gesellschaftsvertrags bei Änderung des Gemeindewirtschaftsrechts

Die Gesellschafter verpflichten sich zur Anpassung des Gesellschaftsvertrags an die jeweils geltenden gesetzlichen Vorschriften des Gemeindewirtschaftsrechts, soweit nicht gesellschaftsrechtliche Regelungen entgegenstehen.

§ 14 Salvatorische Klausel

Sollte eine Bestimmung dieses Vertrages unwirksam sein, so bleibt der Vertrag im Übrigen wirksam. Für den Fall der Unwirksamkeit verpflichten sich die Gesellschafter, eine neue Regelung zu treffen, die wirtschaftlich der unwirksamen Regelung weitestgehend entspricht.

§ 15 Änderungen des Vertrages

Änderungen und Ergänzungen dieses Vertrages bedürfen der Schriftform.

Bühl,
Volksbank Bühl eG

Bühl,
Stadt Bühl

Vorstand

Hubert Schnurr
Oberbürgermeister